Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubert, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 49 — Montag, den 28. Februar 1921 — 49. Jahrgang

Vor der Londoner Konferenz.

Die „Times" melden: Die Besprechungen mit den deutschen Vertretern auf der Londoner Konferenz werden am Mittwoch, den 2. März, beginnen.

Die letzte deutsche Entscheidung beim Gesamtkabinett.

Die Frage, wie weit die Legitimation unserer nach London gehenden Delegation reicht, wird von maßgebender Seite dahin beantwortet: Die Tatsache, daß Minister Simons nach London geht und nicht der Kanzler oder der Hauptteil des Kabinetts, soll zum Ausdruck bringen, daß Deutschlands letztes Wort nicht in London fällt, sondern im Schoße des Gesamtkabinetts in Berlin. Die Erfahrungen von Spaa haben zu dieser Maßnahme geführt. Damals waren zwei Rumpfkabinette vorhanden, in Spaa und in Berlin, und das erwies sich als höchst unvorteilhaft. Dr. Simons geht also lediglich als Unterhändler und Vertreter der Reichsregierung nach London.

Die deutsche Delegation ist Sonntag mittag vom Potsdamer Bahnhof abgefahren. Zur Verabschiedung war der Reichskanzler auf dem Bahnhof erschienen, wo er mit dem Minister des Aeußeren in längerem Gespräch verweilte. Unter den anwesenden Vertretern der Regierung befanden sich die Staatssekretäre Albert und v. Haniel und eine Reihe von Beamten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und der übrigen Ministerien.

Das deutsche Programm für London.

Der Entwurf der Sachverständigenkonferenz, welcher überreicht werden wird, stammt von einer Redaktionskommission, bestehend aus den Herren Walter Rathenau, Geheimrat Bücher, Direktor Krämer und Geheimrat Friedrich von der Reichsbank. Die Denkschrift hat mit den Gegenvorschlägen nichts zu tun. Sie stellt lediglich eine Kritik dar, auf Grund deren die deutsche Regierung zur Ablehnung der Pariser Beschlüsse kommt. In der Denkschrift selbst sind überhaupt keine positiven Vorschläge enthalten. Sie soll in London in der ersten Stunde der Verhandlungen übergeben werden, da es kaum zweckmäßig sein dürfte, gleich in den ersten Stunden mit den Gegenvorschlägen zu kommen. Auf Grund der Denkschrift wird sodann unser Vertreter in London die Erklärung abgeben, daß die Pariser Beschlüsse abgelehnt werden müssen. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß es dann zu Verhandlungen kommen wird und daß man den deutschen Vertreter fragen wird, ob er an Stelle der Pariser Beschlüsse andere Vorschläge zu machen hat. Dr. Simons wird dann mit Gegenvorschlägen kommen. Sobald sich herausstellt, daß unsere Gegenvorschläge den Gegenstand von Verhandlungen in London bilden können, werden sich die einzelnen von der Regierung bezeichneten Sachverständigen sofort auf den Weg nach London machen.

Fochs Berufung nach London.

Der „Petit Parisien" berichtet: Die Marschälle Foch und Wilson wurden dringend nach dem Schloß Chequers berufen, wohin Lloyd George, Briand und Barthou eingeladen worden sind. Marschall Foch wird von General Weygand begleitet sein. Die Berufung der beiden Marschälle weist aber darauf hin, daß die Besprechungen sich mit den Sanktionen befassen werden. Gewisse offizielle Kreise meinen, daß man doch lieber zu den wirtschaftlichen Sühnemaßnahmen greifen solle als zu den militärischen und daß man in diesem Sinne Vorschläge machen möge.

Im Echo de Paris erklärt Pertinax, Lloyd George habe ohne Zweifel die Notwendigkeit erkannt, sich schon jetzt zum Handeln vorzubereiten; man könne die von ihm angeregte Berufung der beiden Marschälle nicht anders deuten. Auf der Konferenz, so will Pertinax wissen, beabsichtigt Lloyd George, der auf der Konferenz den Vorsitz führt, die Debatte über die Wiedergutmachungen in folgender Weise zu führen: Das Wort wird in erster Linie Herrn Dr. Simons erteilt, um die Einwendungen Deutschlands darzulegen. Es wird ihm nicht gestattet sein, die Debatte über die Verantwortlichkeit wieder zu eröffnen, welche sein Land durch die Entfesselung des Krieges auf sich genommen hat. Der englische Premierminister wird ihm selbst antworten und es ist zu erwarten, daß Deutschland bittere Wahrheiten zu hören bekommt. Die Zerstörungen, die es angerichtet hat, um Frankreich während des Krieges zu lähmen, werden auch im Frieden nicht beseitigt werden.

Frankreichs Wille zur Ablehnung.

Der französische Kriegsminister Barthou reist heute nach London. Die Bedeutung dieser Reise läßt die Absicht, welche vorläufig bei den Alliierten vorzuherrschen scheint, ebensowenig unklar erscheinen, wie die vorzeitige Berufung des Marschalls Foch, wozu Lloyd George die Initiative gegeben haben soll. Die Atmosphäre, in der die Londoner Konferenz beginnt, ist zweifellos ungünstig. Nirgends findet sich vorläufig auch nur eine Andeutung darüber, daß man beabsichtige, die deutschen Gegenvorschläge ruhig anzuhören und sachlich zu prüfen. Die gesamte französische Presse ist auf die Tonart gestimmt, daß den Zwangsmaßnahmen die entscheidende Rolle zukomme. Nur das eine macht die Zeitungen bedenklich, ob England mittun wird oder ob Rücksichten auf die innere englische Politik dies verhindern würde. Frankreich hofft einstweilen, daß England an seiner Seite bleiben wird. Falls dies wider Erwarten nicht geschehen sollte, ist die französische Regierung entschlossen, allein zu handeln.

Stimmungsmache Briands.

Ministerpräsident Briand hat Vertretern der Verbündeten Presse erklärt, bei der 12%igen Abgabe von der deutschen Ausfuhr handele es sich weder um einen Zoll noch um eine Steuer. Die festgesetzten Jahreszahlungen, die die Verbündeten verlangen, seien auf Grund der wirtschaftlichen und finanziellen Fähigkeiten berechnet. Wenn Deutschland wieder reich werde und gedeihe, dann sei es nur gerecht, wenn die Verbündeten an dieser Wiedererhebung beteiligt würden. Um einen Maßstab zu haben, hätten die Verbündeten natürlich an die Ausfuhr gedacht, die den Reichtum eines Volkes darstelle. — Weiter sagte Briand: Wenn Deutschland bei den Zahlungen Schwierigkeiten bereite, so habe auch Frankreich seine Schwierigkeiten. Die Sympathie der Welt werde sich fraglos dem Volk zuwenden, das angegriffen wurde und den Sieg davongetragen habe. Die Gerechtigkeit der französischen Ansprüche könne nicht in Zweifel gezogen werden. Frankreich komme nach London mit keinerlei Vorurteilen. Es sei bereit, alles anzunehmen, was die Lage verbessern könnte. Wenn aber Deutschland sich vorgenommen habe, über sein Unglück zu klagen, so werde Frankreich beweisen, daß es auch nicht leicht zu tragen habe. Wenn Deutschland vorgebe, daß es nichts in seiner Börse habe, so könne es diese Börse in einer Weise öffnen, daß die Franzosen selbst hineinblicken könnten. Wolle es seine Börse nicht freiwillig öffnen, so werde sie gewaltsam geöffnet. Die Hauptsache ist, daß wir selbst in die Börse Deutschlands hineinblicken können. An dem Tage, an dem es anerkannt sein werde, daß ein Volk ein anderes angreife und sage, daß es sehr erbittert sei und sich über seine Not beklagt, um sich der Bestrafung zu entziehen, an diesem Tage werde es keine Gerechtigkeit in der Welt mehr geben. Es werde nur noch ein Recht geben, das der Gewalt.

Reichstag.

(Sitzung vom 26. Februar.)

Ein Nachtragsetat in Höhe von 8½ Milliarden, wovon 6 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages bestimmt sind, wird ohne Aussprache angenommen. — Ein Antrag Marx (Zentr.), der auch von den anderen Regierungsparteien unterstützt wird, bestimmt, daß für die Festsetzung des religiösen Bekenntnisses eines Kindes die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches gelten mit der Maßgabe, daß das religiöse Bekenntnis des Kindes weder vom Vormund noch vom Pfleger geändert werden kann. Bisher war die Entscheidung über das religiöse Bekenntnis eines Kindes der Landesgesetzgebung überlassen. Der Antrag geht an den Rechtsausschuß.

Es folgt die Weiterberatung des Haushaltsplanes beim Haushalt des Reichspräsidenten. Hierzu hat Abg. Rosenfeld (Unabh.) eine Entschließung eingebracht, die die Aufhebung der bayerischen Einwohnerwehr verlangt. Ueber die Zulassung dieses Antrages entspinnt sich eine lebhafte Geschäftsordnungsaussprache. Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten, daß der Antrag Rosenfeld nicht zur Tagesordnung gehört.

Der Haushaltsplan des Reichspräsidenten.

Abg. Klöckner (Ztr.) berichtet über den Haushaltsplan des Reichspräsidenten. Das Gehalt des Reichspräsidenten ist von 100 000 Mark auf 150 000 Mark, die Aufwandsgelder von 200 000 Mark auf 250 000 Mark erhöht worden. In einer Entschließung wird eine Statistik über das Ergebnis der Prüfung der Gnadengesuche verlangt. — Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Die Verfassung hat absichtlich den Reichspräsidenten außerhalb der Parteikämpfe gestellt und die Verantwortung den Ministern gegeben. Auch der politische Gegner muß anerkennen, daß der Präsident sein Amt im Rahmen der Verfassung unparteiisch und mit Takt geführt hat. — Abg. Dr. Rosenfeld (U.): Wir waren von vornherein gegen einen Präsidenten, weil das zu einer republikanischen Monarchie führen kann. Wir lehnen den Etat ab. Auch im Reiche dürfen Todesurteile nicht vollstreckt werden. Kein einziger monarchistischer Reaktionär ist verurteilt worden, nur gegen die revolutionäre Arbeiterschaft geht man vor. An der volksfeindlichen Haltung des Präsidenten erkennt das Volk die Notwendigkeit des sozialistischen Staates. — Vizekanzler Dr. Heinze: Der Reichspräsident ist dem Hause nicht verantwortlich, sondern der Reichskanzler. Die Kritik einzelner Handlungen des Reichspräsidenten steht mit der Verfassung im Widerspruch. Wenn die Angriffe beim Einzeletat vorgebracht werden, wird die Antwort nicht vorenthalten werden. — Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Der Reichspräsident ist nur der Platzhalter der Rechten, die den monarchistischen Klimbim wieder einführen wollen. Vom Reichspräsidenten sieht und hört man nichts. Er ist ganz bedeutungslos geworden. Er sitzt wie ein artiges Kind auf seinem Platz und macht nicht viel Geräusch. Der beste Witz, der gemacht worden ist, ist der, daß Herr Müller aus Franken einmal Reichskanzler war.

Haushaltsplan und Entschließung werden alsdann angenommen. — Beim Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds bemängelt Abg. Meyer-Zwickau (Soz.), daß die leitenden Beamtenstellen der Versorgungsämter zu 95% mit ehemaligen Offizieren besetzt sind. Im übrigen werden dieser Haushalt sowie die Haushalte des Reichsmilitärgerichts und des Rechnungshofes ohne Aussprache angenommen. — Der Haushalt des Finanzministeriums wird abgesetzt, da der Berichterstatter nicht anwesend ist.

Montag: Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes (Haushaltsberatung beim Finanzministerium und Wiederaufbau), Entlastung der Gerichte.

Reichswirtschaftsrat.

Auf der Tagesordnung der 14. Sitzung steht die Interpellation von Arbeitnehmerseite über den Acht-Stundentag im Bankgewerbe. Ein Vertreter der Regierung ist wiederum nicht erschienen. Das Haus beschließt trotzdem die Besprechung der Interpellation. Der Vertreter des Verbandes der deutschen Bankbeamten Mark begründet die Interpellation. Die Arbeitszeit im Bankgewerbe, die nach einer Verfügung des Demobilmachungskommissars bis auf 63 Stunden wöchentlich und noch darüber hinaus ausgedehnt werden könne, ist ein ständiges Kampfobjekt zwischen den Organisationen und den Bankleitungen. Wenn auch die Banken Arbeiten im öffentlichen Interesse leisten, wie der Reichsfinanzminister Erzberger betont hat, so dienen doch die wilden Börsenspekulationen der Schieber und Wucherer nicht dem öffentlichen Interesse und somit lehnen die Bankbeamten Hilfeleistungen ab. Es ist unbedingt notwendig, daß eine einheitliche Regelung dieser Frage mit Geltung für das ganze Reichsgebiet erfolgt. — Fürstenberg (Deutscher Bankbeamtenverein): Der Zeitpunkt für die Einbringung der Interpellation ist gerade jetzt, da es sich darum handelt, ob der Reichstarif für das Bankgewerbe als verbindlich erklärt werden soll oder nicht, wenig günstig. Daß im Bankgewerbe von Zeit zu Zeit Ueberstunden geleistet werden müssen, das wissen die Bankbeamten. Ich hoffe, daß sie nicht zur Selbsthilfe gezwungen werden. — Salomonsohn (Direktor der Diskontogesellschaft): Die Umwälzung im Wirtschaftsleben hat den Banken ungeheure Arbeit auferlegt, die ohne Ueberstunden gar nicht zu bewältigen ist. Eine Einschränkung der Betriebe würde das Wirtschaftsleben sehr schwer schädigen. Die Banken sind bereit und bestrebt, die Arbeitszeit einzuschränken. Wenn es aber den Angestellten überlassen bleiben sollte, Ueberarbeit zu leisten, dann würden Ueberstunden zweifellos nicht gemacht werden und das Wirtschaftsleben hätte darunter sehr zu leiden. — Ausshäuser: Der Achtstundentag im Bankgewerbe wird im Bankgewerbe überschritten, besonders zugunsten des Spekulantentums und des Börsenspiels. Die den Bankangestellten zugemutete 63-Stunden-Woche ist eine maßlose Uebertreibung.

Nach weiterer Aussprache, die nichts neues bringt, wird ein Antrag Ausshäusers, die Interpellation dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen, vom Präsidenten nach der Geschäftsordnung für unzulässig erklärt. Damit ist die Interpellation erledigt.

Zum Reichsmietengesetz schlägt der Siedlungs- und Wohnungsausschuß des Reichswirtschaftsrats eine in einer Reihe von Punkten abgeänderte Fassung der Regierungsvorlage vor. Die Beratung wird auf Montag vertagt, wo in die Einzelerörterung eingetreten werden soll. — Zu dem Bericht des finanzpolitischen Ausschusses über die Festsetzung der Tabaksteuer wird ein Antrag angenommen, der die Reichsregierung ersucht, die jetzige Regelung der Tabaksteuer auf Zigaretten auf ein Jahr festzusetzen.

Es folgt der mündliche Bericht des sozialpolitischen Ausschusses zu den Gesetzentwürfen betr. die Zustimmung zu den folgenden drei in Washington abgeschlossenen Uebereinkommen: a) betr. die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft, b) betr. die Festsetzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich, c) betr. die gewerbliche Nachtarbeit der Jugendlichen. Ein Antrag der Arbeitgeber zu b und c, der die Annahme an die Bedingung der Einführung in allen anderen Ländern knüpft, wird abgelehnt und die Bestimmungen uneingeschränkt angenommen.

Die Regierungsbildung in Preussen.

Die Erörterungen über die Bildung der neuen Regierung in Preußen, die gleich nach den Wahlen so lebhaft einsetzten, scheinen einzuschlafen zu wollen. So, wie die Sache jetzt steht, gewinnt es den Anschein, daß sie auf die lange Bank geschoben werden soll. Die Sozialdemokraten haben sich in ihren Aeußerungen zu dem von anderer Seite aufgeworfenen Plan einer Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten im Reiche wie in Preußen ablehnend verhalten. Nach dem Beschluß des Kasseler Parteitages dürften sie im Reiche keine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eingehen. Und über die preußische Regierung habe einzig und allein der Landtag zu entscheiden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion tritt aber erst am 8. März zusammen, vorher ist also eine offizielle Stellungnahme der Sozialdemokratie nicht zu erwarten. Im übrigen scheint auch die Meinung vorzuherrschen, daß man die ganze Angelegenheit vertagen und erst abwarten solle, was sich für Notwendigkeiten eventuell aus der Londoner Konferenz ergeben würden.

Die Wiener Sozialistenkonferenz.

Die Wiener Sozialistenkonferenz beschloß Sonnabend ihre Statuten und nahm dann den Namen „Inertnationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien" an. Sie besteht in der Vereinigung aller sozialistischen Parteien, die die Verwirklichung des Sozialismus durch die Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht auf dem Wege des revolutionären Klassenkampfes erstreben. Sie erkennt an, daß sie nicht eine das gesamte revolutionäre Proletariat umfassende Internationale ist, wohl aber ein Mittel zur Schaffung einer solchen. Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft können alle Verbände werden, die keinem der Parteiverbände angehören, die sich zweite oder dritte Internationale nennen.

Die „Rechnung" für Deutschösterreich.

In den Wiener Zeitungen wird gemeldet, daß die Abrechnung über den 16-Millionen-Dollar-Kredit vom Januar 1919 überreicht wurde. Auf Grund inoffizieller Vertröstungen hatte die Regierung angenommen, daß sie die mit diesem Kredit angeschafften Lebensmittel als Geschenk empfange. Sie hat nunmehr 16 Millionen Dollars in Schatzscheinen an England begeben. — (Es ist schlechterdings unbegreiflich, daß man in Wien damit rechnen konnte, von der Entente etwas geschenkt zu erhalten. Im Gegenteil, die Geldgeber werden mit den Lebensmittelkrediten kein schlechtes Geschäft gemacht haben.)

Aus Prag wird gemeldet: In dem sozialistischen Blatt „Pravo Rudo" wird von parlamentarischer Seite mitgeteilt, daß es den Skodawerken an Geld und Kredit fehle, sodaß die Erzeugung eingeschränkt werden müsse. Allein der tschecho-slowakische Staat schulde dem Werke eine halbe Milliarde.

Unruhen in Italien und der Ukraine.

Die italienischen Blätter berichten aus Bari über einen Zusammenstoß zwischen Faszisten und Sozialisten. Letztere erklärten den Streik. Einige Personen wurden verletzt. In Minervino und Murgis haben die Bauern mehrere Gutshöfe angezündet. Sechs Personen wurden getötet. Auch in andern kleinen Ortschaften Apuliens kam es zu Zusammenstößen. In Terlizzi wurde die Arbeitskammer in Brand gesteckt. In Bisceglia führten die Sozialisten einen Angriff auf das Haus des Landbundes aus. In Mirabella (Provinz Ferrara) wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Faszisten und Sozialisten zwei Personen getötet und einige verletzt. Drei verdächtige Ausländer wurden festgenommen. In Modena veranstalteten Faszisten eine Kundgebung gegen die sozialistischen Abgeordneten Agnini und Donati, die von der Polizei geschützt werden mußten.

Nach einem Telegramm aus Riga sind dort Nachrichten aus Moskau eingetroffen, daß die Bauern in der Ukraine unter der Leitung des Bandenführers Machno sich empört haben. Ein Aufruhr ist auch in den Gebieten von Tambow und Orenburg und im Gebiete von Tjumen in Sibirien ausgebrochen. Um die erregte Bevölkerung zu beruhigen, hat die Räteregierung Befehl erteilt, größere Brotrationen zu verteilen. Diese Verteilung der erhöhten Rationen hat letzten Montag stattgefunden.

Generalstreik in Polen.

Das Streikkomitee der polnischen Eisenbahner beschloß, als Antwort auf die Regierungserklärung über die Militarisierung der Bahnen und die Androhung der Todesstrafe, alle Arbeiterverbände zur Verkündigung des Generalstreiks zu veranlassen. Dieser soll zunächst die beiden Tage Montag und Dienstag wirken. Vor weiteren Beschlüssen soll das Ergebnis des Streiks abgewartet werden. Die beiden Zeitungen, die diesen Beschluß veröffentlichen, das demokratische Narod und der sozialistische Robotnik, wurden beschlagnahmt, der Robotnik außerdem noch wegen seines den Kriegsminister scharf angreifenden Leitartikels. Eine Abordnung der Streikenden, die mit dem Eisenbahnminister verhandeln wollte, wurde nicht vorgelassen.

Tagesereignisse.

— **(Sparsamkeitsmaßnahmen.)** Die Reichsregierung hat die Zusammensetzung eines gemischten Ausschusses aus sechs Reichstagsabgeordneten, sechs Reichswirtschaftsratsvertretern und sechs Vertretern der Regierung in Aussicht genommen, der unter Vorsitz des Reichsministers des Innern schleunige Maßnahmen zur weitgehenden Sparsamkeit in den Zentralverwaltungen, Zusammenlegung der Ministerien und dergl. beraten soll. Bei den Beratungen des Ausschusses, deren Beginn alsbald zu erwarten sei, soll auch die voraussichtlich notwendig werdende Neubildung der Regierung in Preußen Berücksichtigung finden. Man wird daraus schließen dürfen, daß unter Umständen eine Verminderung der Zahl der Ministerien auch in Preußen in Frage kommt.

— **(Das Venizelosattentat vor Gericht.)** Die beiden griechischen Offiziere Tserepis und Kyriakis wurden Sonnabend abend vom Pariser Schwurgericht wegen des seinerzeit gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Venizelos auf dem Lyoner Bahnhof in Paris verübten Anschlages zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem das Urteil gefällt war, unterzeichneten die Geschworenen ein Gnadengesuch.

Westfalen und Rheinland.

Verschärfte Kontrolle der Züge und Dienststellen.

Kamen 28. Febr. Die Reichseisenbahndirektion Essen hat eine Verfügung an ihre Aemter gerichtet, in der es u. a. heißt: „Nach Anordnung des Reichsverkehrsministers soll vor allem die Gelegenheit zum Diebstahl herabgemindert werden durch Einrichtung einer verschärften äußeren Kontrolle der Züge und Dienststellen. Unter Leitung eines besonders energischen Ueberwachungsbeamten sollen daher, soweit noch nicht vorhanden, beim Verkehrsamt oder bei größeren Bahnhöfen Streifabteilungen für einen bestimmten Bezirk eingerichtet werden (beweglicher Bahnschutz), denen etwa folgende Aufgaben zuzuweisen sind: 1. Schutz der Bahnanlagen, Gebäude, Fahrzeuge, Vorräte und Beförderungsgegenstände im Bahngebiet, besonders auch abgestellter Züge und Ladungen. 2. Begleitung von Personen-, Eilgüter- und Güterzügen, besonders bei Nacht. 3. Beaufsichtigung der Abfertigungsräume, Ladehöfe, Bahnsteige, Rangier- und Freiladegeleise. 4. Prüfung der Wagenverschlüsse und Feststellung etwaiger Unregelmäßigkeiten. 5. Beobachtung der Züge und des Zugbegleitpersonals. 6. Kontrolle der örtlichen Tag- und Nachtwächter der Eisenbahnverwaltung. 7. Kontrolle der Fuhrwerke der Rollfuhrunternehmer, Spediteure und Selbstabholer. Um ein überraschendes Auftreten des beweglichen Bahnschutzes zu ermöglichen, sollen einige Fahrräder zur Verfügung gestellt werden. Der Eifer dieser besonders anzusuchenden Beamten soll lebendig erhalten werden. Bei Einführung des beweglichen Bahnschutzes soll zur Vermeidung von Mehrkosten auf möglichsten Abbau der zahlreichen örtlichen Wächter hingewirkt werden. Die Bildung dieser Streifabteilungen soll baldmöglichst erfolgen, und zwar ist zunächst beabsichtigt, derartige Abteilungen in Essen, Duisburg und Dortmund in der Stärke von je 20 Mann mit jeweilig einem Gruppenführer aufzustellen. Im Ueberwachungsdienst zugezogene Unfälle sind als Betriebsunfälle anzusehen. Außerdem wird das Ueberwachungspersonal wegen der besonderen Gefahr für Leib und Leben bei Unfällen gegen Tod und die Folgen von Erwerbsunfähigkeit versichert."

Haftbarmachung der Vorstandsmitglieder einer Einkaufsgenossenschaft für eine leichtsinnige Zahlungsanweisung.

Kamen, 28. Febr. Im Jahre 1915 kaufte der beklagte Spezereihändler D. als damaliger Vorsitzender des Vorstandes der Einkaufsgenossenschaft der Spezerei- u. Kolonialwarenhändler von Stuttgart und Umgebung von der Warenabteilung der Stuttgarter Bankkommandite St., Sch. & Co. (die auch Süddeutsches Importhaus genannt wurde) durch Ferngespräch 10 000 Kilogramm voraussichtlich in 14 Tagen eintreffendes Kunstspeisefett mit der Verpflichtung, den Kaufpreis bei der Bankabteilung der Verkäuferin zu hinterlegen. D. gab dem Kassierer Anweisung, und dieser ließ den für das Bankhaus K. & S. bestimmten Zahlungsauftrag der Hinterlegungssumme von den beiden Vorstandsmitgliedern L. und K. unterschreiben. Das Speisefett wurde nicht geliefert. Die hinterlegte Summe ging beim Konkurse der Bankkommandite verloren. Nunmehr beansprucht die Einkaufsgenossenschaft der Spezerei- und Kolonialwarenhändler im Wege der Klage von den früheren drei Vorstandsmitgliedern 54 675 Mark als Ersatz des Schadens, der ihr durch die Vorauszahlung an die Kommanditgesellschaft erwachsen ist. Sie begründet ihren Anspruch mit der Behauptung, daß die Beklagten leichtsinnig eine große Kaufsumme vorausbezahlt hätten, ohne über die Kreditfähigkeit der Zahlungsempfängern Auskunft einzuholen oder sich genügende Sicherheit auszubedingen. Die kurz nach der Vorauszahlung eingeholte Auskunft habe ergeben, daß die Gewährung eines größeren Kredits nicht ratsam gewesen sei.

Das Landgericht Stuttgart hat die Klage abgewiesen, da die Beklagten geglaubt haben, der Kaufpreis solle bei der gleichnamigen alten Stuttgarter Bankfirma in der Königstraße hinterlegt werden. Dagegen hat das Oberlandesgericht Stuttgart die Beklagten verurteilt, die geforderte Summe gesamtschuldnerisch zu zahlen. Die von den Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision ist ohne Erfolg geblieben und vom Reichsgericht zurückgewiesen worden. In der reichsgerichtlichen Urteilsbegründung wird unter anderem ausgeführt: Nicht der Abschluß des Kaufvertrages wird den Beklagten vorgeworfen, sondern daß sie sich auf eine Vorauszahlung ohne jede Sicherheit eingelassen haben, während bei rechtzeitiger Einziehung einer sachdienlichen Auskunft zu erfahren war, daß eine derartige Kreditgewährung nicht am Platze sei. Ob den Beklagten bei Abgabe der Zahlungsanweisung die Identität der Waren- und Bankabteilung der in Konkurs gefallenen Bank unbekannt war, ist gleichgültig. Wenn sie den Kassierer zur Auszahlung einer so großen Summe ermächtigt haben, ohne sich über die näheren Umstände des Geschäfts und dessen Gefahrlosigkeit zu vergewissern, so handelten sie fahrlässig. Waren die Beklagten auch nicht kaufmännisch gebildet, so erforderte doch ihre Stellung als Vorstandsmitglieder, bei derart bedeutenden Geschäften eine selbständige Prüfung vorzunehmen. Durch ihr fahrlässiges Verfahren haben sie die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns verletzt. (Aktenzeichen: II. 321/20. — 7. 1. 21.)

*

Kamen, 28. Febr. (Verschiedenes.) Nach einer neuen Reichsgerichtsentscheidung ist der Film eine Kostbarkeit im Sinne der Bestimmungen der §§ 54 B 1, 96 der Eisenbahnverkehrsordnung. Das bedeutet für die Versender von Films die Pflicht, dieses Gut in Gemäßheit der besonderen Bestimmungen (Angabe des Wertes 2c.) versrachten zu lassen, um im Falle eines Verlustes Schadensersatzansprüche gegen die Bahn mit Erfolg geltend machen zu können. In einem Rechtsstreit sind die Ansprüche der Klägerin abgewiesen worden, weil sie den Film nicht als „Kostbarkeit" aufgegeben hatte. Zur Versendung gekommen war von der Filmverleihfirma A. u. Cie. in Dortmund am 24. Oktober 1918 der Film „Das Buch des Todes" als Expreßgut an die Kammerlichtspiele in Duisburg. Die Sendung ist auf der Bahn verloren gegangen. Klägerin verlangt als Schadensersatz den Einkaufspreis des Films mit 8000 Mark. Landgericht Dortmund und Oberlandesgericht Hamm haben die Klage abgewiesen. Ebenso hat das Reichsgericht entschieden.

*

Die Sonderzuweisungen an Bergleute.

Völlige Ausschaltung des Handels.

Vor kurzem weilte der preußische Arbeitsminister Dr. Brauns in Essen, um mit den Vertretern der Bergarbeiterschaft über die Neuregelung der Zulagen an die Bergarbeiter zu verhandeln. Die Werksbesitzer waren zu der Verhandlung nicht geladen. Die Bergarbeiter wünschten, daß die Zulagen von Speck und Fett unmittelbar durch die Belegschaften beschafft und verteilt würden, hingegen die Textil- u. Schuhwaren durch die Konsumgenossenschaften unter Ausschaltung des Einkaufs durch die Werksverwaltung und des Verkaufs durch den Kleinhandel. Der Minister stimmte dem zu. Die Neuregelung soll vom 1. März ab erfolgen. Die Werksbesitzer hatten die Absicht, den Einkauf der Waren nicht mehr selbst vornehmen zu lassen, sondern durch den sachverständigen Handel, wobei der Handelsverdienst aufs niedrigste bemessen werden sollte. Jetzt wird der Handel völlig ausgeschaltet, es geht alles durch die Hände der Konsumgenossenschaften.

Der Reichstagsabgeordnete Senator Beythien hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: Nach Zeitungsmeldungen beabsichtigt der Herr Reichsarbeitsminister, künftig die Verteilung der Lebensmittelzulagen und sonstiger Zuwendungen an die Bergarbeiter nicht mehr wie bisher durch den Zechenverband, sondern durch die Konsumgenossenschaften vornehmen zu lassen. Gab schon die bisherige Regelung der Verteilung dem selbständigen Kleinhandel wegen seiner Ausschaltung Grund und Beschwerde, so war die nur als vorübergehend zu betrachtende Verteilungsart wegen der bestehenden Zwangswirtschaft und der als notwendig bezeichneten Mitwirkung der behördlichen Verteilungsstellen einigermaßen zu verstehen. Obgleich nun der freie Handel im Prinzip wieder eingeführt ist, soll offenbar durch Uebertragung der Warenverteilung auf die Konsumvereine die Ausschaltung des Kleinhandels von Dauer werden. Die Erregung hierüber macht sich in den Kreisen des kaufmännischen Mittelstandes lebhaft geltend, zumal es sich um gewaltige Warenwerte — allein bei Fetten um 25 Millionen Mark monatlich — handeln soll. Wie stellt sich die Reichsregierung zu diesen Beschwerden? Ist sie bereit, das Handelsgewerbe nach dem Maße seiner volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Bedeutung in diese Warenverteilung einzuschalten?

*

(Die erste Steuererklärung zur Reichseinkommensteuer.) Der Vordruck zur ersten Steuererklärung der Reichseinkommensteuer für das Steuerjahr 1920 liegt jetzt nach einer Verordnung des Reichsministers der Finanzen vor. Sie umfaßt auf sechs engbedruckten Seiten zahllose Fragen, die sämtlich zu beantworten sind. Nicht nur das Einkommen, sondern auch die Familienverhältnisse und manches andere wird aufs genaueste gefragt. Bei den Angaben über das steuerbare Einkommen wird unterschieden solches des Grundbesitzes, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, Arbeit und sonstiges, sämtlich mit zahlreichen Unterabteilungen. Für etwaige gesetzliche Abzüge sind 16 verschiedene Punkte aufgeführt, zum großen Teil mit mehreren Fragen. Weitere 19 Fragen beziehen sich auf die Familienverhältnisse, den Haushalt, Geburtstag, Erwerbsfähigkeit, die Kapitalertragssteuer, Grundbesitz usw. Sämtliche Angaben sind auch für die Angehörigen zu machen.

(Die Berufswahl der jungen Mädchen.) Die meisten Eltern müssen heute mit der Notwendigkeit rechnen, ihre Töchter für eine ehrenhafte Existenz vorzubereiten. Es genügt eben durchaus nicht mehr, sie mit der gesellschaftlichen Allgemeinbildung zu versehen und zu Hausfrauen zu erziehen, obgleich sie natürlich vor allem auch die Wirtschaft gründlich erlernen müssen. Denn was soll aus ihnen werden, wenn sie sich gar nicht oder schlecht verheiraten und einmal ganz oder teilweise darauf angewiesen sind, zu arbeiten? Mit den bekannten schlechtbezahlten Frauenarbeiten ist es nicht getan, und sich im späteren Alter noch eine Fähigkeit so zu erwerben, daß man sie nutzbar machen kann, ist ungeheuer schwer. Was hilft es ihnen denn, wenn sie, wie es die Mode mit sich bringt, ein bißchen musizieren, ein bißchen malen, ein bißchen französisch radebrechen gelernt haben? Nur, was man gründlich kennt, kann Nutzen bringen, darum lerne man, was man auch lerne, gründlich, und lieber nur eine Sache, aber diese beherrsche man ganz und gar: Diese wichtige Forderung wird aber leider noch immer von zu wenigen Eltern berücksichtigt. Sie schicken zwar die Tochter in die höhere Töchterschule, aber nicht, weil sie die Notwendigkeit einer gründlichen Ausbildung und Lebensvorbereitung erkennen, sondern vielmehr aus Eitelkeit. Die Mädchen gehen dann vielfach vor der Absolvierung des 10jährigen Kursus mit dem 15. Jahre ab und haben infolgedessen, da gerade die wichtigsten Materien erst in den obersten Klassen behandelt werden, oft eine ungenügendere und unabgeschlossenere Bildung als die Mädchen der Volks- und Bürgerschule.

Einen Zusammenstoß zwischen Handkarre und Kohlenwagen gab es Samstag mittag auf der Weststraße. Der Besitzer des Handwagens Bl. hatte denselben mitten auf der Weststraße stehen gelassen und war in ein Haus eingetreten. Als er wieder herauskam, hatte ein Kohlenfuhrwerk den Handwagen umgefahren und mit ihm waren gefüllte Flaschen, Lebensmittel usw. auf das Pflaster gerutscht, wobei natürlich ein Teil der schönen Dinge unbrauchbar wurden.

(Diebstahl.) In der Nacht von Freitag auf Sonntag wurde auf dem Postamt in Kurl eingebrochen und Pakete im Werte von 6000 Mark gestohlen. In Verdacht kommen 3 junge Burschen, die den Weg nach Lanstrop eingeschlagen haben.

Heeren-Werve, 28. Febr. (Zerstörungswut.) Einer Witwe in der Hammer Straße wurden vor wenigen Abenden mutwilligerweise zwei Fensterscheiben zertrümmert. Der Zerstörer wurde ermittelt und zur Anzeige gebracht.

Weddinghofen, 28. Febr. (Forstdiebstahl.) Dem Landwirt Wilhelm Haarmann hierselbst wurden aus seiner Waldparzelle vier Pfähle abgehauen und gestohlen.

Heil, 28. Febr. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande der Witwe Schulze-Heil und des Vorstehers Löbbe ist erloschen.

Massen, 28. Febr. (Eisenbahndiebstahl.) Die Felder durchstreifende Knaben entdeckten auf einem gepflügten Acker in der Massener Heide mehrere eingegrabene Kisten, in denen sich eine große Anzahl teils heiler, teils defekter leerer Pappschachteln befanden. Allem Anschein nach rühren diese aus einem Eisenbahndiebstahl her, denn es sind schon im vergangenen Jahre in nicht allzu weiter Entfernung von dieser Stelle ebenfalls Ballen Stoffe und Zigaretten gefunden worden, die aus einem fahrenden Zuge geworfen worden waren. In einem Falle wurde damals ein Räuber festgenommen, als er im Begriff war, diese Sachen fortzuschaffen.

Hamm, 26. Febr. (Aus der Stadtverwaltung.) Eine Stiftung von 200 000 Mark hat die Firma Phönix A.-G., Abteilung Union, der Stadtverwaltung für den Bau von Wohnungen für Unbemittelte gemacht. Magistrat und Stadtverordnete haben die Schenkung dankend angenommen. Der für 1920 aufgestellte Haushaltsplan wird einen weiteren Fehlbetrag von 2 753 000 Mark ergeben. An Steuern und sonstigen Gebühren ist ein Mehr von 1 680 000 Mark zu erwarten; 654 000 Mark sollen durch Erhöhung der Gewerbesteuer und 419 000 Mark durch eine Nachsteuer der bebauten und unbebauten Grundstücke eingebracht werden. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Beseitigung der im Stadtverordnetensitzungssaale aufgehängten Hohenzollernbilder wurde mit allen gegen 11 Stimmen (darunter 10 Sozialdemokraten) abgelehnt, nachdem Liberale und Zentrum erklärt hatten, in eine Erörterung nicht eintreten zu wollen.

(TU) **Münster**, 26. Febr. (Neue Waffenfunde.) Nachdem bereits vor ungefähr 10 Tagen in Wesel in der Zitadelle unter dem Dach unter alten Lumpen und Papier versteckt 3 Maschinengewehre und 31 Kisten Munition aufgefunden worden waren, sind vor einigen Tagen wiederum von Arbeitern in der Zitadelle unter dem Fußboden verborgen Kisten mit Maschinengewehrteilen aufgefunden worden. Von welcher Seite die Waffen versteckt worden sind, war nicht festzustellen. Die Arbeiter, die den Fund gemacht und an die Polizei abgeliefert hatten, gehören meistens der S. P. D. und der U. S. P. D. an.

Dortmund, 26. Febr. (Verschiedenes.) In der großen Union-Betrugssache wurden in Elten an der holländischen Grenze der Händler Keteler und sein Sohn, ferner ein hiesiger junger Kaufmann festgenommen. Damit ist die Zahl der in dieser Angelegenheit erfolgten Verhaftungen auf 13 gestiegen. — Den Tod beim Spielen fand der 6 Jahre alte Schüler Johann Dudda. Mehrere Kinder hatten mit einer kleinen Schüppe ein etwa 40 Zentimeter tiefes Loch in den Sand gegraben, um einen Ball darin zu verstecken. Beim Suchen nach dem Ball stürzte der kleine Dudda spielend in das Loch und fiel mit der Stirn auf eine Blechschüppe. D. ging nach Hause, klagte über Uebelsein und Kopfschmerzen. Er verschied noch am selben Abend. — Dem Wirt Kroll in der Lindenhorsterstraße wurden mittels Einbruchs mehrere hundert Flaschen Wein und Kognak gestohlen. Durch Beamte des 8. Polizeibezirks wurden 2 Bergleute festgenommen, die im dringenden Verdacht stehen, an dem Diebstahl beteiligt gewesen zu sein. — Der seit dem 29. Januar vermißte Bergmann Gustav Wunsch war, wie mitgeteilt, in Dorstfeld aus der Emscher als Leiche gelandet worden. Man glaubt, daß er das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Der Bergmann Flamme aus Barop, der zuletzt mit Wunsch gesehen worden war, ist in Haft genommen worden.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

62. Fortsetzung.

So von ihren schmerzlichen Gedanken eingesponnen, kam Dagmar in Schönau an. Die ganze Landschaft lag in weißer, schneeiger Winterpracht. In der Halle legte Dagmar den kostbaren Pelzmantel ab, den ihr Ralf geschenkt hatte — auch ein Zeichen seiner Güte.

Sie fand ihre Mutter nicht daheim. Diese war nach der Stadt gefahren, um Weihnachtsbesorgungen zu machen.

Bei ihrem Besuche in Schönau fand Dagmar nur Lotte daheim. Diese kam ihr erfreut entgegen.

„Wie schön, daß du kommst, Dagmar! Mama ist vor einer Stunde nicht zurück. Da können wir einmal wieder ungestört plaudern. Wie geht es dir? Was macht Ralf? Er ist jetzt gar nicht mehr so vergnügt, wie früher." Die Schwestern küßten sich.

„Mir geht es gut, Lotte. Und Ralf, — ja — er ist zuweilen verstimmt. Es tut mir so leid."

Lotte zog sie in ein molliges Plauderwinkelchen.

„Es liegt aber doch sicher einzig in deiner Macht, Dagmar, ihn froh zu machen."

Dagmar schüttelte traurig den Kopf.

„Ich glaube nicht, daß ich noch die Macht dazu habe"

„Aber Dagmar, was willst du damit sagen?"

„Nichts, nichts, Lotte. Laß uns nicht davon sprechen."

Lotte sah forschend in Dagmars Gesicht. Sie hätte gern weiter geforscht, was Dagmars Herz beschwerte. Aber sie dachte an ihre Verschwörung mit Mutterle Jansen.

„Ich will lieber gar nichts mehr sagen, wer weiß, was Mutterle Jansen im Sinne hat. Es ist besser, ich schweige still."

„Wie du willst, Dagmar", sagte sie also ergeben.

„Hast du Nachricht von Hanna Wollin?" fragte Dagmar, um ein anderes Thema aufzubringen.

„Ja, ich bekomme jede Woche zwei Briefe von ihr", erwiderte Lotte. „Wir schreiben uns jetzt sehr oft. Willst du ihren letzten Brief lesen?"

Dagmar nickte, und Lotte gab ihr den Brief. Sie las ihn durch. Lächelnd gab sie ihn zurück.

„In diesem Brief ist eigentlich nur ein Thema behandelt — nämlich Hans von Wollin."

Lotte nickte schelmisch.

„Natürlich, er ist doch nun mal die Hauptsache in unserem Briefwechsel. Ich weiß sehr wohl, daß er seiner Schwester mit der Entziehung seiner brüderlichen Liebe gedroht hat, wenn sie nicht in jedem Briefe an mich von ihm berichtet. Andererseits bin ich davon überzeugt, daß Hanna ihm all meine Briefe schicken muß. Und ich richte sie darnach ein."

„So steht ihr also gewissermaßen miteinander in brieflicher Verbindung, denn hier in diesem Briefe heißt es: Hans meint — Hans hat gesagt — Hans läßt dir sagen oder Hans möchte dies oder das."

Lotte nickte lachend und küßte Dagmar.

„Kannst dir doch denken, Dagmar, daß wir sonst diese lange Trennung gar nicht aushalten. Zwei Jahre sind sehr lang."

„Werdet ihr euch inzwischen nicht zuweilen sehen können?"

Energisch nickte Lotte.

„Natürlich, im Frühjahr gehe ich vier Wochen nach Wollin, dann wird er selbstverständlich auch da sein. Und dann muß Hanna wieder längere Zeit nach Schönau kommen, und er muß seine Schwester hierher begleiten und wieder abholen. Irgendwie wird er schon dafür sorgen, daß wir uns zuweilen wiedersehen. Ach, Dagmar, wenn ich so bedenke, daß dies alles ganz anders geworden wäre, wenn ich mit Mama in der engen Mietswohnung gehaust hätte, dann ist mein Herz immer wieder voll heißer Dankbarkeit für Ralf. Ihm danken wir doch alles Gute und Schöne."

Sinnend sah Dagmar vor sich hin.

„Ja, Lotte, alles, alles danken wir ihm."

In diesem Augenblick fuhr draußen ein Wagen vor.

„Ach, da kommt Mama schon, Dagmar. Nun ist es vorbei mit dem gemütlichen Plauderstündchen."

Frau Ellen kam lebhaft hereingerauscht.

„Ach, du bist hier, Dagmar. Das freut mich. Wie geht es dir?"

„Gut, Mama. Dir hoffentlich auch?"

„Ich danke. Ein wenig nervös bin ich. Leider habe ich zu wenig Ablenkung von meiner Trauer. Weißt du, wenn du nächstens nach Berlin fährst, um Weihnachtseinkäufe zu machen, nimmst du mich mit. Da habe ich doch ein wenig Abwechselung."

„Sehr gern, Mama."

„Du bist ein gutes Kind. Lotte kann uns ja auch begleiten. Uebrigens — wer verreist denn bei euch?"

Dagmar schüttelte erstaunt den Kopf.

„Bei uns? Niemand, Mama."

„Nicht? Ich dachte schon, ihr hättet die Absicht, nach St. Moritz oder sonst nach einem Winterkurort zu fahren."

„Wie kommst du darauf?"

„Ich sah doch unterwegs auf der Landstraße einen Wagen mit elegantem Reisegepäck und hätte darauf schwören mögen, daß es eure Koffer gewesen sind."

Dagmar schüttelte den Kopf.

„Ganz bestimmt nicht, Mama."

Sie ahnte nicht, daß es die Koffer ihres Mannes gewesen waren. Lotte aber stutzte und sah nachdenklich vor sich hin.

Frau Ellen sagte aber nun leichthin:

„Nun, dann war es vielleicht Reisegepäck von Riedkamps. Am Ende gehen die ihrer Töchter wegen nach St. Moritz. Eigentlich müßte Lotte auch dahin, und mir wäre ein Ausspannen wohl zu gönnen. Ob uns Ralf wohl eine Extrasumme für solch eine Reise zur Verfügung stellte?"

Dagmar errötete heftig.

„Daran ist nicht zu denken, Mama."

„Wozu auch", half Lotte der Schwester, „wir haben doch hier in Schönau die herrlichste Luft, die man sich denken kann. Und eine schönere Rodelbahn, als die von unserem nahen Buchberg herab, kann es in St. Moritz auch nicht geben."

„Ach, Lotte, du kennst eben St. Moritz nicht", bemerkte Frau Ellen elegisch. „Ich muß doch mal rechnen, ob es nicht zu machen ist, mit der mir ausgesetzten Summe. Vielleicht legst du etwas von deinem Nadelgeld zu, Dagmar."

Diese zog die Stirn zusammen.

„Nein, Mama, daran ist wirklich nicht zu denken. Ich müßte ja Ralf direkt um das Geld betrügen."

„Und außerdem fände ich das unerhört, Mama. Ralf gibt uns wahrlich schon genug."

Aergerlich zuckte Frau Ellen die Achseln.

„Mein Gott, ihr seid schrecklich kleinlich. Ralf hat doch Geld genug. Wie ist es Dagmar, bleibst du noch länger? Dann kleide ich mich erst um."

„Nein, ich bleibe nur noch wenige Minuten, Mama."

„Gut, dann warte ich mit dem Umkleiden bis nachher. Ich nahm in der Konditorei in der Stadt eine Erfrischung. Während ich dort saß, trat Baron Korff ein. Er bat mich, an meinem Tisch Platz nehmen zu dürfen, was ich natürlich gern gestattete. Er ist doch eine blendende Erscheinung. Uebrigens fragte er auch artig nach eurem Befinden und läßt sich euch empfehlen."

Dagmars Gesicht nahm einen abweisenden Ausdruck an. Und Lotte sah mit inniger Befriedigung die eisige Miene der Schwester.

„Gottlob, sie scheint mit Korff fertig zu sein", dachte sie und küßte die Schwester ohne Veranlassung innig. Dann sagte sie ironisch: „Es ist ja äußerst liebenswürdig von Baron Korff, daß er sich uns empfehlen läßt."

„Nun, nun, Lotte, sag das nicht so ironisch", erwiderte Frau Ellen. „Korff ist jetzt eine Persönlichkeit, mit der man rechnen muß. Er ist jetzt entschieden die glänzendste Partie. Und es könnte nicht schaden, wenn du dich ihm ein wenig angenehm machtest."

Lotte warf den Kopf in den Nacken.

„Danke, Mama: Vor mir ist der Baron sicher, und wenn er eine noch so glänzende Partie ist."

„Kind, sei nicht töricht. So unvernünftig hat Dagmar auch einmal gesprochen. Zum Glück hat sie sich bald anders besonnen. Und frage sie, ob sie jetzt nicht sehr glücklich ist! Mache es deiner Schwester nach."

Lotte sah, daß dunkle Glut in Dagmars Gesicht stieg.

„Laß uns dies Thema beenden, Mama."

„Gut, gut, vorläufig mag es beendet sein. Ich habe übrigens Baron Korff aufgefordert, uns bald zu besuchen."

Die Schwestern richteten sich sofort kampfbereit auf.

„Und was hat er dazu gesagt?" fragte Lotte kriegerisch.

„Daß er jetzt während der Trauer um seine Frau sehr zurückgezogen lebt. Später werde er sich die Ehre geben."

Jetzt brach Dagmar sehr hastig und unvermittelt auf und verabschiedete sich.

(Fortsetzung folgt.)

Hörde, 28. Febr. **(Um 183 000 Mk. betrogen.)** Wegen Betruges zum Nachteil des hiesigen „Phönix" wurde der Hüttenbeamte Herzog, hier, und wegen dringenden Verdachts der Beihilfe der Ingenieur Müller aus Bochum festgenommen und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt. H. hatte Anfang 1919 mit Hilfe des M. unter dem Namen „Vern-Bochum" ein Geschäft in Gruben- und Huttenbedarf eröffnet und mit dementsprechendem Vordruck versehene Geschäftsbogen pp. anfertigen lassen. Hiernach wurden dem „Phönix" Offerten gemacht, worauf der „Phönix" nach und nach mehrere Aufträge erteilte. Die Rechnungen über die Lieferungen liefen pünktlich ein. H., der bei seinen Vorgesetzten großes Vertrauen genoß, mißbrauchte das ihm geschenkte Vertrauen und führte die Bescheinigungen der Lieferungen herbei, trotzdem eine Lieferung nicht erfolgt war; er auch an eine Lieferung nicht dachte. Durch diese fingierten Lieferungen gelang es ihm, seinem unter „Vern-Bochum" angelegten Postscheckkonto nach und nach 183 000 Mark überweisen zu lassen. Das Geld wurde durch flotten Lebenswandel verpraßt.

(TBU) **Siegen**, 26. Februar. **(Schweres Autounglück.)** In Niederscheldenhütte stürzte ein Automobil, das einem auf der Straße spielenden Kinde ausweichen wollte, von einer Böschung ab und rollte, sich überschlagend, in die Sieg. Der Lenker des Kraftwagens erlitt schwere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Von den Insassen des Autos wurden zwei Erwachsene und ein Knabe weniger schwer verletzt. Das auf der Straße spielende Kind erlitt gleichfalls bedenkliche Verletzungen. Es kostete Mühe, das Automobil wieder aus der Sieg herauszuholen.

(TBU) **Siegen**, 26. Febr. **(Furchtbarer Tod.)** Beim Abladen von Modellen an der Schreinerei der Charlottenhütte wurde der Arbeiter Straub, als er auf dem Trittbrett eines Güterwagens stand, von einem Pfeiler der Fallwerkskranbahn erfaßt und vom Wagen herabgeworfen. Er erlitt eine schwere Schädelverletzung und einen Rippenbruch. Das Eindringen einer Rippe in die Lunge führte rasch seinen Tod herbei.

Essen, 26. Febr. **Im Wassertumprozeß** begannen die gestrigen Verhandlungen mit der Vernehmung eines Wachtmeisters der blauen Polizei, der zufällig in der Nähe des Wasserturms vorbeigekommen war und einen Teil der Vorgänge mit angesehen hatte. Der Wachtmeister hatte, als er die Verbissenheit der roten Truppen auf der einen und die aussichtslose Lage der Verteidiger auf der anderen Seite erkannt hatte, telephonisch die Stadtverwaltung ersucht, ein Auto mit Parlamentären abzuschicken. Nach seinen weiteren Aussagen hatte man jede Kontrolle über die Leute verloren, weil zuviel Gesindel dazwischen sei. Verhandlungen zum Zwecke der Einstellung der Kämpfe, die der Zeuge den Führer einzuleiten bat, kamen deshalb nicht zustande. Sodann stellt sich heraus, daß die geladenen Zeugen aus irgend einem Grunde nicht erschienen sind. Es wurden deshalb einige grundsätzliche Fragen verhandelt und sodann die Fortsetzung auf Montag anberaumt.

(TBU) **Solingen**, 26. Febr. **(Zu kommunistischer Verwaltung.)** Die Gemeinde Höhscheid ist dank der kommunistischen Mißwirtschaft in eine so trostlose finanzielle Lage geraten, daß laut „Berg.-Märk. Ztg." sich die Regierung gezwungen sieht, der Stadtverwaltung und -Vertretung das Bestimmungsrecht über zu machende Ausgaben zu entziehen.

Köln, 24. Febr. **(Umfangreiche Warendiebstähle.)** Auf dem Güterbahnhof Ohligs wurden jahrelang ausgeführte umfangreiche Warendiebstähle durch die Kriminalpolizei Opladen aufgedeckt. Die Eisenbahn ist um Riesenbeträge geschädigt. Ein Großkaufmann und ein Lademeister wurden verhaftet.

Köln, 25. Febr. **(Reichstreue der Rheinländer.)** In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erklärte der Oberbürgermeister Adenauer, daß die Pariser Beschlüsse, welche eine eventuelle Verlängerung der Besetzung der Rheinlande und Errichtung einer Zollgrenze am Rhein vorsehen, die Rheinländer nicht wankend machen würden in ihrer Treue zum Reiche. Wenn auch für die Rheinländer außerordentlich schwere Lasten bevorstünden, müßten diese zurücktreten hinter die Gesamtinteressen des deutschen Volkes. Eine dahin gehende Entschließung wurde gegen die Kommunisten einstimmig angenommen.

(TBU.) **Herzogenrath**, 25. Febr. **(Raubüberfall.)** In Herbach überfiel ein Räuber, der sich durch Einschwärzen des Gesichts unkenntlich gemacht hatte, die allein auf einem Gehöft wohnenden hochbetagten Geschwister Douben. Er schlug das 68 Jahre alte Fräulein Douben und ihren um zwei Jahre älteren Bruder mit einer Eisenstange nieder und brachte dem 70jährigen Manne, als sich ihm dieser entgegenwarf, mehrere gefährliche Stiche im Gesicht bei. Schließlich ergriff er, ohne den geplanten Raub ausgeführt zu haben, unter Zurücklassung eines scharfgeschliffenen Messers die Flucht. Nachbarn, die auf die Hilferufe der Ueberfallenen herbeieilten, fanden die beiden alten Leute blutüberströmt vor.

Aus aller Welt.

— **Der Mord an der Generalswitwe.** Am 17. Dezember v. Js. war die 70jährige Witwe des Generalleutnants von Conring in Hamburg auf der Feenteichbrücke an der Außenalster ermordet und beraubt aufgefunden worden. Nach langwierigen, schwierigen Ermittlungen gelang es, in Kopenhagen den Kaufmann Lecke, in Gotenburg den Kaufmann Brügmann und in Hamburg die Kaufleute Krause und Haß, einen Kellner Klingebiel, zwei Stewards Templin und Klapprot, eine Frau Wegemann und eine Modistin Adams als Täter zu verhaften. Die Festgenommenen legten schließlich ein Geständnis ab. Danach waren die Lecke, Brügmann und Haß in großer Geldverlegenheit. Lecke, der bei der Generalswitwe eingeführt war und sich ihres größten Vertrauens erfreute, arbeitete mit den anderen einen Plan aus, der auf den Raub der Juwelen der 70jährigen Frau gerichtet war. Am verabredeten Tage besuchte Lecke mit Frau v. Conring zuerst ein Theater und dann eine Weinstube. In einem gegenüberliegenden Café versammelte sich inzwischen die Mordgesellschaft und wartete dort, bis Frau v. Conring und Lecke das Weinlokal verließen. Sie folgten ihnen und an der Feenteichbrücke fielen die beiden genannten Stewards über Lecke und seine Begleiterin her. Die alte Dame wurde vollkommen ausgeplündert. Nach Ausführung des Raubes bemerkten sie, daß Frau v. Conring tot war. Gleichwohl begaben sich alle Beteiligten in aller Ruhe in die Wohnung der Frau Wegemann, wo die Beute geteilt wurde.

— **Ein neuer Schloßeinbruch.** Berliner Einbrecher brachen in das Schloß der Freifrau von Mantauffel in Crossen, Gutsbezirk Dahmsdorf bei Luckau, ein. Die Diebe drückten an der Veranda eine Scheibe ein, öffneten Türen und Schränke gewaltsam und stahlen daraus Silberzeug, Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von einer Million Mark. Die Tat ist offenbar von reisenden Berliner Einbrechern verübt worden. Für die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 15 000 Mark ausgesetzt. — Für 100 000 Mark Schmucksachen erbeuteten Einbrecher in Bahn bei Greifenhagen in Pommern. Sie drangen dort in das Hotel Kuhfuß ein, erbrachen den Geldschrank und stahlen den gesamten Inhalt.

— **Französische Justiz im besetzten Gebiet.** Ein in Kreuznach wohnhafter Pächter einer Feldjagd im Hunsrück hat bei der französischen Besatzungsbehörde zur Anzeige gebracht, daß mehrere französische Offiziere in seinem Jagdrevier gewildert und Scheibenschießen mit Jagdmunition im freien Felde veranstaltet hätten. Die zur Rechenschaft gezogenen Offiziere bestritten die Anschuldigung und stellten gegen den Jagdpächter Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung. Das Militärpolizeigericht erkannte auf dreitausend Mark Geldstrafe gegen den Jagdpächter.

— **Eine Gemeinde, in der 100% wählen.** Der seltene Fall, daß in einer Gemeinde 100% der eingeschriebenen Wähler ihrer staatsbürgerlichen Pflicht genügten, ist bei den gestrigen Preußenwahlen in der bei Berlin, in der Nähe Neu-Zittaus gelegenen kleinen Kolonie Philadelphia eingetreten. Diese Miniaturgemeinde besteht aus 35 Personen wahlpflichtigen Alters, und diese haben ohne Ausnahme gewählt. Drolligerweise waren auch sämtliche Parteien vertreten, denn für die Mehrheitssozialisten wurden 45, für die Unabhängigen 7, für die Kommunisten 8, für die Deutschnationalen 2, für die Deutsche Volkspartei 26, für die Demokraten 5, für das Zentrum 1 und für die Wirtschaftliche Vereinigung 1 Stimme abgegeben.

— **Katastrophales Erdbeben in China.** Bei der chinesischen Auslandsmission sind Meldungen eingetroffen über ein Erbeben, das sich in Nordwestchina ereignete. Die Provinz Kansu soll hierunter am meisten gelitten haben. Bei dem Erdbeben sind 40 000 Quadratmeilen in vier Provinzen von der Verwüstung betroffen worden. In einzelnen Orten wurde die Hälfte sämtlicher Häuser zerstört. Man nimmt an, daß viele Tausende von Personen den Tod gefunden haben.

— **Zur Ermordung des Polen Karl Körner in Berlin.** Wie die B. Z. meldet, scheint der an dem Polen Karl Körner, der in Wirklichkeit David Rosenbaum heißt und ein politischer Agent war, begangene Mord auf politische Motive zurückzuführen sein. Es wird behauptet, daß er in Berlin gegen die jetzigen Machthaber in Polen gearbeitet habe, gleichzeitig soll er aber seine Auftraggeber und Gewährsleute an die Gegenseite verraten haben. Es wird angenommen, daß die Mörder in enger Beziehung zu den von Rosenbaum verratenen Kreisen stehen.

— **Ein Mord nach dem andern.** Kaum ist in Berlin ein Kapitalverbrechen gemeldet, folgt schon eine neue Mordtat. Der Schauplatz ist diesmal der Osten Berlins. Der aus Warschau gebürtige 27jährige Theodor Körner, der in der Petersburger Straße 25 ein möbliertes Zimmer bewohnte, wurde durch mehrere Dolchstiche ermordet aufgefunden, während von dem Täter jede Spur fehlte. Nachmittags gegen 4 Uhr hörte die allein anwesende Wirtin plötzlich Hilferufe aus dem Zimmer Körners. Als sie daraufhin dessen Zimmer betrat, sah sie, wie ein unbekannter Mann auf den am Boden liegenden Körner mit einem Messer einstach. Als der Mann die Wirtin gewahrte, warf er die Mordwaffe, einen kleinen Dolch, fort und ergriff die Flucht, während die Zimmervermieterin sich um Körner bemühte, ließ aber seinen Hut am Tatort zurück. Die Frau rief jetzt um Hilfe, doch hatte der Mörder das Haus schon verlassen. Körner war inzwischen den vielen schweren Stichwunden erlegen. Er hatte mehrere Messerstiche in die Brust und in den Leib erhalten, von denen einer das Herz durchbohrt hat. Ein umgeworfener Rauchtisch und andere Merkmale lassen darauf schließen, daß sich zwischen dem Mörder und seinem Opfer erst ein heftiger Kampf abgespielt hat.

— **Selbstmord eines ungetreuen Parteisekretärs.** Der Parteisekretär der soz. Partei Fritz Kano aus Charlottenburg hat Selbstmord verübt, nachdem er bedeutende Parteigelder veruntreut hatte. Er soll auch als Arbeiterrat Unterschlagungen verübt haben.

— **Beschießung eines Direktorenautos bei Beuthen.** Das Auto des Generaldirektors der Bismarckhütte bei Beuthen, Scherz, der sich auf einer Dienstfahrt mit dem Direktor Kloeder von Gleiwitz nach Bismarckhütte befand, wurde kurz vor Bismarckhütte beschossen. Direktor Kloeder wurde tödlich getroffen, während Scherz unverletzt blieb. Die Täter sind unbekannt, ebenso die Ursache der Mordtat.

— **Ein Heilmittel gegen die Schwindsucht?** Dr. Rappin, Direktor des Pasteur-Instituts in Paris, behauptet, ein Mittel gegen die Schwindsucht entdeckt zu haben. Er berichtet, daß er nach Versuchen im Laboratorium, die sich über 27 Jahre erstreckten, einen Kranken geheilt habe mittels eines Serums, das den Giften des Kochschen Bazillus entnommen ist.

Weitere Nachrichten.

— **Forstrat Escherich** hat an seine Organisation im Reiche folgendes Rundschreiben gerichtet: In den nächsten Tagen wird in London unsere Regierung vor schweren Beschlüssen über Sein und Nichtsein des deutschen Volkes stehen. Es ist der Zweck der Organisation Escherich, unter allen Umständen der Regierung eine Stütze zu sein, namentlich, wo es gilt, den einheitlichen Willen des Volkes in Stärke und Würde zum Ausdruck zu bringen. Unsere Pflicht ist es deshalb, die nach den Wahlen erregten Gemüter im vaterländischen Interesse zu einigen und unsern Einfluß geltend zu machen, daß nicht unbesonnene kurzsichtige Phantasten durch Unüberlegtheiten eine Lage herbeiführen, die den einheitlichen Zusammenschluß des Volkes unmöglich machen und der Gesamtheit unermeßlichen Schaden zufügen würde. gez. Escherich.

— **Entfernung des Uniformschmuckes** bei den saarländischen Eisenbahnern. Die Regierung des Saargebietes befiehlt den Arbeitern und Beamten der Eisenbahn, alle Knöpfe an den Uniformen, die Achselstücke und die Kokarden an der Mütze, überhaupt alles, was an die Reichszugehörigkeit erinnere, haben zu verschwinden. Die Knöpfe brauchen nicht entfernt zu werden. Sie können daran bleiben, bis sie abfallen, doch dürfen sie dann nicht wieder angenäht werden.

— **Das Budget des Völkerbundes** für 1921, das von der Völkerbundsversammlung genehmigt wurde, weist Ausgaben in Höhe von 21 250 000 Goldfranken auf, die zur Deckung der gesamten Organisationskosten ausreichen sollen. Durch eine Note vom 1. Febr. sind die 48 Mitglieder des Völkerbundes über die von ihnen zu zahlenden Beträge unterrichtet worden. Finnland, das erst kürzlich aufgenommen wurde, hat als erste Macht die Note beantwortet und mitgeteilt, daß es dem Sekretariat seinen Beitrag von 80 000 amerikanischen Dollars zur Verfügung stelle.

— **(Staatsanwalt und Presse.)** Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rohde, der kürzlich in einer Wahlrede in Schweidnitz die Presse als „feile Dirne" bezeichnet hatte, die für Geld für alles zu haben sei, wogegen der Reichsverband der deutschen Presse schärfsten Protest eingelegt hatte, forderte nunmehr den Chefredakteur der Breslauer Morgenzeitung, Hintze, und den verantwortlichen Redakteur der Breslauer Zeitung, Dr. Langenstraßen, die ebenfalls gegen diese Beschimpfung Stellung genommen hatten, auf Pistolen.

— **(Ein Staatsstreich in Teheran.)** Dem „Echo de Paris" zufolge hat nach einer Nachricht aus Teheran der persische General Reza Khan sich der Hauptstadt ohne Kampf bemächtigt, die Regierung gestürzt und die Verwaltung vorläufig übernommen. Reza Khan soll dann Unterhandlungen mit dem Schah begonnen haben.

— **(Eine Erklärung des Grafen Tiele-Winckler.)** Graf Tiele-Winckler sandte dem B. T. aus Luzern, wo er gegenwärtig weilt, die folgende Erklärung:

Infolge Erkrankung ist mir der Bericht über eine Versammlung, welche im Januar in Oberglogau stattgefunden hat, erst mit großer Verspätung in seinem vollen Umfange bekannt geworden. Auf Veranlassung von maßgebender Seite ersuche ich Sie, folgender Erklärung in Ihrem Blatte mit meiner Unterschrift Raum zu geben: „Die undeutsche, landesverräterische Haltung, die mein Generalbevollmächtigter, Regierungsrat Schapper, in der Versammlung zu Oberglogau am 15. Januar 1920 eingenommen hat, verurteile ich aufs schärfste und werde Maßnahmen treffen, durch die sichergestellt wird, daß die Verwaltung meines Besitzes sich voll für das Deutschtum einsetzt.
Graf Tiele-Winckler."

— **(Kein Abzug der Amerikaner aus dem Rheinland.)** Wie die „Chikago Tribune" aus Washington meldet, hat das amerikanische Kriegsdepartement die in Belgien verbreitete Meldung dementiert, wonach Amerika seine Truppen aus dem Rheinland abberufen werde. Die Lage der amerikanischen Besatzungstruppen habe sich nicht verändert, und die amerikanische Regierung denke nicht daran, ihre Truppen zurückzuziehen.

— **(Erneute Verlobung des ehemaligen bayrischen Kronprinzen.)** Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern verlobte sich neuerdings mit der Prinzessin von Luxemburg, der 22jährigen vierten Tochter des verstorbenen Großherzogs Wilhelm von Luxemburg. Bekanntlich hat der Kronprinz nach der Revolution in Anbetracht der veränderten Verhältnisse seine damalige Braut gebeten, ihr Wort zurückzunehmen.

— **(Ultimatum der Kemalisten an Georgien.)** Nach Blättermeldungen aus Konstantinopel haben die Kemalisten in die inneren Angelegenheiten Georgiens eingegriffen. Sie haben der Regierung ein Ultimatum gestellt und die sofortige Räumung der beiden südlichen Bezirke Urtvil und Ardana verlangt. Dieses Ultimatum verschärft die an sich schon schwierige Lage in Georgien.

Die Wiener Sozialistenkonferenz.

Am zweiten Verhandlungstag der Internationalen Sozialistenkonferenz erstattete der Engländer Wallhead den Bericht über den Imperialismus und die soziale Revolution. Als die Ursache des Weltkrieges bezeichnete er die imperialistischen Machenschaften, deren Beginn mit der Besetzung Aegyptens durch England im Jahre 1881 datiere; der Imperialismus habe England seitdem viele Millionen Quadratmeilen Land eingebracht. Das Ziel des Imperialismus seien kapitalistische Zwecke, deren Wettbewerb zum Weltkrieg geführt habe. Das bestätigten auch die Friedensverträge, besonders der von Versailles, der ein Friede des Raubes sei und als solcher von den englischen Arbeitern bekämpft werde. Den Deutschen seien die letzten Schiffe weggenommen worden, aber dadurch seien die englischen Werften ohne Arbeit. Die Vernichtung des deutschen Imperialismus sei gut, aber der französische Militarismus und der englische Navalismus seien nicht weniger verderblich. Zum Kampf gegen den Imperialismus müsse eine geschlossene proletarische Front gebildet werden. Die von Crispien gewünschte sofortige Aeußerung der einzelnen Ländergruppen zu diesem Bericht noch vor der Vorberatung des Ausschusses scheiterte an dem Widerstande der Franzosen. — Am Nachmittag erstattete Dr. Adler den Bericht über Methoden und Organisation des Klassenkampfes.

Regelung der griechisch-türkischen Frage.

Die Londoner Konferenz hielt gestern mittag eine Sitzung ab, in der die Orientfragen zur Besprechung gelangten. Tewfik Pascha, der sich von einer leichten Erkrankung wieder erholt hat, führte den Vorsitz der Konstantinopeler Delegation. Auch die griechische Delegation mit dem griechischen Ministerpräsidenten wohnte der Sitzung bei. Die Konferenz stellte der griechischen und der türkischen Delegation erneut die Frage, ob sie bereit seien, eine internationale Kommission für die Kreise von Smyrna und Thrazien einzusetzen, unter einem Schiedsgericht dieser internationalen Kommission. Beide Delegationen erklärten sich damit einverstanden. Sie haben sich verpflichtet, 1. das Erkenntnis eines solchen Schiedsgerichts anzunehmen, 2. die übrigen Bestimmungen des Vertrages von Sevres zu akzeptieren. Infolge des Uebereinkommens werden die Feindseligkeiten im Orient eingestellt und die Gefangenen ausgetauscht werden.

Italien verlangt gerechtere Berücksichtigung seiner Opfer.

(TU) Wie die „Stampa" meldet, stellen die Kammerausschüsse des Handels und der Finanzen in der dem Grafen Sforza zur Londoner Konferenz zugestellten Erklärung fest, daß die Opfer Italiens bei der Verteilung der Entschädigung nicht richtig festgestellt worden sind und eine gerechtere Berücksichtigung verdienen. Wenn Deutschland die Annahme der Ententebeschlüsse verweigere und die Alliierten in die Revision der Pariser Beschlüsse einwilligten, sei Italien bereit, auf die 12%ige Ausfuhrabgabe zu verzichten, um auf zuverlässiger Grundlage zu verhandeln.

Ein Attentat auf Trotzki.

Nach einer Mitteilung des Korrespondenten der Daily Expreß aus Riga ist der Spezialzug Trotzkis von Kosaken überfallen worden. Trotzki wurde verletzt.

Auch das W. T.-B. verbreitet eine aus Kopenhagen stammende Meldung von einem Attentat auf Trotzki, und zwar lautet diese Meldung: „Nach in Riga eingetroffenen Meldungen aus Moskau überfielen Kosaken den Eisenbahnzug Trotzkis auf der Linie nach Orenburg. Mehrere Eisenbahnbeamte wurden verwundet." Nach dieser Version dürfte Trotzki nicht verwundet sein.

Kleine Nachrichten.

Der Haushalt des Reichswehrministeriums für 1921 wird in der Form, in der er dem Reichswirtschaftsrat zugeht, mit 31½ Milliarden abschließen, während der Haushalt in 1920 mit über 5 Milliarden abgeschlossen hat. Der außerordentliche Haushalt für Heer und Marine wird ungefähr 1½ Milliarden weniger betragen als im Jahre 1920.

Gestern nachmittag ist die Vulkanwerft in Stettin geschlossen und die gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt worden, weil ein Teil der Schiffsbauer seit einigen Tagen passive Resistenz ausübte und die Arbeitswilligen mit Gewalt an der Arbeit verhinderte.

Zu einer Meldung eines Münchener Blattes, wonach der Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt an Herrn Stinnes mit dem Anerbieten herangetreten sei, die gegenwärtige Regierung zu stürzen, falls sie bei den Verhandlungen in London nachgebe, ist die Deutsche Allgemeine Zeitung ermächtigt, zu erklären, daß Herr Stinnes den Kapitän Ehrhardt weder kennt, noch mit ihm mittelbar oder unmittelbar in Verbindung stand.

Nachdem das Kammergericht den Amnestiebeschluß der Strafkammer aufhob, wurde Hauptmann Kessel Freitag von neuem verhaftet und in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Das Verfahren soll mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Der bekannte Hofrat Rosenthal aus Dresden, der wegen Getreideschiebungen von der Dresdener Staatsanwaltschaft verfolgt wird und sich seit mehreren Wochen im Sanatorium in Sarew bei Berlin aufhält, ist gestern im Krankenautomobil der Dresdener Feuerwehr nach Dresden ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden.

In Mannheim sind gestern 5 deutsche Soldaten eingetroffen, die bis jetzt wegen kleiner Vergehen in Avignon festgehalten worden waren. Sie erzählen, daß noch 180 ihrer Kameraden in Avignon zurückgeblieben seien.

Wie aus Oppeln gemeldet wird, wird wegen der am 20. 3. stattfindenden Volksabstimmung vom 1. 3. ab die polnisch-oberschlesische Grenze für Reisende, also für den Zuzug landfremder Agitatoren aus Warschau und Posen, geschlossen.

Die interalliierte Kommission ordnete die Verfügung an, daß bei Filmaufführungen zwei Sprachen zu verwenden seien, um den Besatzungstruppen die Teilnahme an den kinematographischen Veranstaltungen zu ermöglichen.

Nach einer Meldung des Temps aus London wird dort die Nachricht von dem Staatsstreich in Teheran bestätigt. Man versichert jedoch, daß die Kosaken auf Befehl des Schah eingezogen seien.

Die Wohnungsrequisitionen der Franzosen gehen ins Ungeheuerliche. So wurden wiederum in Wiesbaden innerhalb drei Tagen 50 Wohnungen angefordert, darunter einige 7- bis 8-Zimmerwohnungen.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in England betrug am 18. Februar 1 169 400 gegen 1 148 833 am 11. Febr. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß der Prozentsatz der Vermehrung der Arbeitslosigkeit kleiner wird. Man hat Hoffnung, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit nahezu erreicht ist.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Die Kreistagswahlen im Landkreise Hamm.

Amt Unna-Kamen 28. Febr. Nach der Bekanntmachung des Wahlkommissars sind die Mitglieder für den Kreistag gewählt und parteipolitisch zusammengestellt. Nach parteipolitischen Grundsätzen ist die Sache ja ganz schön, aber wenn man berücksichtigt, wie ungleichmäßig die Kreistagsabgeordneten durch die verderbliche Politik auf die einzelnen Aemter und Städte verteilt sind, so muß man sich unwillkürlich fragen: Ist eigentlich nur Politik und Partei die Hauptsache? Wir wollen nachstehend die Abgeordneten mal auf die einzelnen Verwaltungsbezirke verteilen, um nachzuweisen, wie ungerecht die parteipolitische Handhabung der Wahlen für Provinz, Kreis, Stadt oder Amt und Gemeinden ist. Nach der jetzt erfolgten Wahl haben erhalten:

Stadt Unna	5	Abgeordnete	auf 14—15 000	Einwohner,
Stadt Kamen	6	"	" 11 000	"
Amt Rhynern	4	"	" 17 500	"
Amt Fröndenberg	4	"	" 11 000	"
Amt Pelkum	6	"	" 34 000	"
Amt Unna-Kamen	4	"	" 24 000	"

Wir sehen hierbei die krassesten Differenzen. In Kamen auf kaum 2000 Seelen 1 Abgeordneten, im Amt Unna-Kamen auf 6000 Seelen 1 Vertreter. Parteipolitik gehört in gesetzgeberische Körperschaften wie Reichs- und Landtag, aber nicht in Provinzial-, Kreis-, Amts- oder Gemeindevertretungen. Diese setzen sich zweckmäßig und zum Besten des Volkswohls wirtschaftspolitisch, d. h. nach Interessengruppen oder nach Berufsgruppen, und je nach der Zahl der Einwohner der betr. beteiligten Verwaltungsbezirke zusammen. Der Westen des Kreises Hamm, hauptsächlich der Westen des Amtes Unna-Kamen ist schon immer stiefmütterlich behandelt worden, weil er immer schwach vertreten war. 24 000 Einwohner des Amtes Unna-Kamen werden als Waisenkinder behandelt und vielleicht enterbt, hoffentlich aber auch in der Steuerliste gestrichen. Jedem vernünftig denkenden Wähler geben wir hiermit Gelegenheit zum Nachdenken. Politik verdirbt den Charakter, gute Sitten und Lehren und die Parteien kämpfen meistens mit giftigen Waffen. Sie zerrütten die gute deutsche Art und das schöne wirtschaftliche Zusammenarbeiten aller Berufsstände, besonders des Mittelstandes. Hoffentlich lassen wir uns später nicht mehr irreleiten.

Viele Wähler aus dem Amt Unna-Kamen.



Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse entschlief heute mittag 12 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere liebe, treusorgende, herzensgute Mutter, unsere teure Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine, die

Ehefrau Johannes Kleinhans

Karoline geb. Kassing

sanft und gottergeben im Herrn.

Sie starb nach langem, schwerem, mit überaus großer Geduld ertragenem Leiden, öfters gestärkt durch den andächtigen Empfang der Heilsmittel unserer hl. Kirche, im Alter von 48 Jahren.

Um stille Teilnahme und um ein andächtiges Gebet für die teure Verstorbene bitten im Namen der trauernden Angehörigen

Johannes Kleinhans
Elisabeth Kleinhans
Klärchen Kleinhans
Hans Kleinhans
Gertrud Kleinhans
Heinz Kleinhans.

Südkamen, Kamen, Hochlar, Gelsenkirchen, Eving, Bochum, Bornholte, Gütersloh, Dortmund, Asseln, Menden, Paderborn und Münster, den 27. Februar 1921.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause aus statt. — Das feierliche Levitenamt ist am Mittwoch morgen 7¼ Uhr in der Pfarrkirche zu Kamen. 1004

Fort mit dem Messer.



Kukirol macht es besser
Kukirol beseitigt, schnell, sicher u. schmerzlos
Hühneraugen Hornhaut, Schwielen, Warzen.
Schachtel M. 3,-. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Germania-Drogerie H. Jacobi. 533

Hygienische Artikel
Frauenduschen, Gummiwaren
liefern in anerkannt erstklassiger Qualität auf Grund langjähriger fachmännischer Erfahrung zu billigsten Preisen 629
Bendin & Co., Dortmund I.,
Schliessfach 470.
Preisliste gratis und franko.

Die **Bildung einer katholischen Kirchengemeinde Bergkamen**, Kreis Hamm, ist in Aussicht genommen.

Die neu zu bildende Kirchengemeinde soll die katholischen Bewohner der bisherigen Filialkirchengemeinde Bergkamen umfassen.

Wer gegen die Bildung der neuen Kirchengemeinde Einwendungen erheben oder Ansprüche auf Entschädigung wegen Verlustes besonderer Rechte und Vorteile infolge der Neubildung geltend machen will, kann gemäß § 239 Teil II Titel 11 des Allgemeinen Landrechts diese Einwendungen und Ansprüche innerhalb 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an bei dem Herrn Landrat in Hamm i. Westf. schriftlich oder mündlich anbringen. 999

Arnsberg, den 3. Februar 1921.

Regierung,
Abteilung für Kranken- und Schulwesen:
Mobiling.

Anzüge

blau und farbig
für Konfirmation und Kommunion.
Gute Stoffe. **Beste Verarbeitung.**
Arnold Wiemer,
Kamen. 997

Lehrling
gesucht.
Otto Edelmann,
Maler- u. Anstreichermeister. 976

Zum 1. April suche ich ein im Kochen, Backen und Einmachen erfahrenes, besseres
Küchenmädchen
mit guten Zeugnissen.
Frau Brauereibesitzer
Dr. Brand,
Dortmund, Landgrafenallee 7.

Suche zum 1. Mai
zwei Mädchen
für Landwirtschaft.
Wo sagt die Geschäftsstelle der Kam. Zeitung. 994

Visitenkarten
in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert
Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.

Teile den geehrten Bewohnern von Kamen, und Umgegend mit, daß ich meine Wohnung von Rottstraße 7 nach **Rottstraße 24** verlegt habe bei Ww. Gröner, parterre. Bei vorkommendem Bedarf halte ich mich bestens empfohlen. 952
Karl Bänker,
Zigarrenmacher.

2hochtragende
Ziegen
zu verkaufen. 1001
Wo, zu erfragen in der Geschäftsst. der Kam. Ztg.

Eine gut erhaltene 996
Wäsche-Mangel
billig zu verkaufen.
Zu erfr. in der Geschäftsstelle der Ztg.

Ein kinderloses Ehepaar sucht 998
1—2 möbl. Zimmer
Angebote unter Nr. **996** an die Geschäftsstelle d. Kamener Zeit.

Die meldepflichtigen gewerblichen Verbraucher von mindestens 10 Tonnen **Kohlen, Koks und Briketts** im Monat haben laut Verfügung des Reichskommissars ihren Bedarf für **März 1921** in der Zeit vom 1.—5. auf den amtlichen Meldekarten, welche bei der Ortskohlenstelle (Büro der Gasanstalt) zu haben sind, zu erstatten. 1003
Kamen, den 26. Februar 1921.
Die Ortskohlenstelle.

Zukunft!
Charakter, Eheleben, Reichtum, Glück, wird nach Astrologie, (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum und Schrift einsenden. Preis 8 Mk., Nachnahme 9 Mk. Viele Dankschreiben aufzuweisen.
Schaub, Hannover,
961 Ulanenstraße 8.

Drainröhren
in allen Weiten liefert waggonweise 86
Heinrich Dalhoff,
Hiltrup i. W., Tel. 22.

Eine gut erhaltene
Gartenlaube
zu verkaufen. 1002
Wo sagt die Geschft.

Die Rechnungen für die der Fortbildungsschule gelieferten Gegenstände pp. sind jährlich bis spätestens 15. März bei uns einzureichen, andernfalls sie für das laufende Rechnungsjahr nicht berücksichtigt werden. (998

Kamen, den 21. Februar 1921.

Der Magistrat: Dr. Wiesner.

Eine Machtprobe der polnischen Kommunisten.

Die polnische Eisenbahner-Streikbewegung hat eine unerwartete Wendung genommen. Während die gewerkschaftlichen Vertreter der Eisenbahner der Regierung ein Ultimatum bis zum 7. 3. stellten, bis zu welchem Termin die Forderungen der Eisenbahner bewilligt sein müssen, haben die Führer einer wilden Streikbewegung dies durchbrochen. Seit Freitag nacht streiken sämtliche Lokomotivführer im Warschauer Knotenpunkt. Sie fordern sofortige Erhöhung der Teuerungszulage, die auf 400 Prozent festgesetzt wurde, auf 800 Prozent. Auf Veranlassung des Eisenbahnministeriums wurden einige Lokomotivführer aus ihren Wohnungen geholt und durch Polizeimannschaften zum Dienst gezwungen. — Infolge der Militarisierung der Eisenbahnen verkündet nunmehr das Warschauer Generalkommando die Anwendung des Standrechts gegen Agitationen und Betriebsstörungen, Pflichtverletzung und Verweigerung im Eisenbahndienst unter Androhung der Todesstrafe durch den Strang oder Erschießung. Etwa die Hälfte der Züge fährt. Der polnische Eisenbahnerverband ist am Streik unbeteiligt.

In einem Aufruf an das polnische Volk, der die Unterschriften sämtlicher Minister trägt, heißt es: Agitatoren haben den Ausbruch des Eisenbahnerstreiks der Regierung unter Mitteilung bestimmter Forderungen angemeldet. Sie haben damit die Axt an die Wurzel des eigenen Volkes und Landes gelegt. Ein Nachgeben wäre der Triumph der Anarchie und eine schwere Niederlage der sozialen Ordnung Polens. . . . Polen hat seit der Stunde seiner Befreiung keine so ernste Zeit durchlebt wie jetzt. Regierung und Landtag tun alles, um den Staat aus der schwierigen Lage herauszuführen. Die Leitung des Streiks, der sich direkt gegen den Bestand des Staates richtet, sucht die Interessen gerade der Massen zu vergewaltigen, in deren Namen die Agitatoren aufzutreten behaupten. Die Regierung hat sich daher genötigt gesehen, die Bahnen den Kriegsgesetzen zu unterwerfen. Diese Verfügung wird sofort aufgehoben werden, wenn das normale Leben auf den Bahnen wiederhergestellt ist. Die Regierung weiß, daß sie in ihren energischen Mitteln zur Aufrechterhaltung der Ordnung das ganze Volk hinter sich hat.

Es handelt sich bei dem Streik um einen Vorstoß, dem außer den Regierungsparteien auch die organisierte Arbeiterschaft und die Leitung der polnischen Sozialistischen Partei ablehnend gegenüberstehen. Deren parteiamtliches Organ macht in einem eindringlichen Aufruf des sozialistischen Zentralkomitees mit aller Schärfe dagegen Front, die Sozialdemokratie mit dem Streik in Verbindung zu bringen, und führt in scharfgeprägten Thesen aus, daß lediglich die Kommunisten hinter der Bewegung ständen, die es verstanden hätten, den linken Flügel der Sozialisten an sich zu ziehen. Auf dem letzten Kongreß der Landarbeiter wurde die Ausrufung des Landarbeiterstreiks für den 4. März beschlossen. Der Versammlungsleiter kündete bereits als Unterstützung der Landarbeiter den Bahnstreik an. Auch soll eine Kommission die Bergarbeiter von Dombrowa zum Anschluß bereden. Eine Entschließung der Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter macht den Anschluß an den Streik von der Bewilligung von Lohnerhöhungen bis zum 7. März abhängig. Der Streik umfaßt einstweilen nur Warschau und Skiernewize, sowie einige galizische Strecken. Im übrigen hat sich die Provinz nicht angeschlossen. Die wichtigen Züge, besonders nach dem Ausland, werden mit militärischer Hilfe befördert. Das Bild auf den Warschauer Bahnhöfen ist durchaus ruhig. Soldaten und bolschewikische Gefangene verrichten den Dienst. Die Militarisierung der Bahnen wird durchgeführt, indem die wehrpflichtigen Eisenbahner zum Waffendienst einberufen, die Säumigen kriegsgerichtlich verurteilt werden.

Die Beratung des Wehrgesetzes.

(W) Der Ausschuß des Reichstags zur Beratung des Wehrgesetzes nahm seine Beratungen auf. Zu § 1 lagen Abänderungsanträge vor. Einem Antrag Haas (Demokrat) wurde mit 15 gegen 8 Stimmen der Rechten entsprochen und der § 1 wie folgt gefaßt: „Die Wehrmacht der deutschen Republik ist die Reichswehr. Sie wird gebildet aus der Reichswehr und der Reichsmarine, die aus Soldaten und nicht im Waffendienst tätigen Militärbeamten bestehen und ergänzt werden. Zu den Offizieren gehören die Offiziere aller Gattungen, die Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Alle Angehörigen der Wehrmacht müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die allgemeine Wehrpflicht ist im Reich und in den Ländern abgeschafft." Der so formulierte § 1 wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der § 2 wurde wie folgt gefaßt: „Die Zahl der Soldaten und Militärbeamten des Reichsheeres beträgt höchstens 100 000. In dieser Zahl sind eingeschlossen 4000 Offiziere und im Offiziersrang stehende Militärbeamte. Hierzu treten 300 Sanitäts- und 200 Veterinäroffiziere." Der § 3 lautet: „Im Reichsheer werden aufgestellt 21 Infanterieregimenter zu je drei Bataillonen mit einer Maschinengewehrkompagnie und 21 Ausbildungsbataillonen, 18 Reiterregimenter zu je vier Eskadronen, 7 selbständige Eskadronen, 18 Ausbildungseskadronen, 7 Artillerieregimenter zu 3 Abteilungen, 3 selbständige Artillerieabteilungen, 7 Ausbildungsbatterien, 7 Pionierbataillone, 7 Nachrichtenabteilungen, 7 Kraftfahrabteilungen, 7 Fahrabteilungen, 7 Sanitätsabteilungen. Hieraus werden zwei Gruppenkommandos, sieben Divisionen und drei Reiterdivisionen gebildet." Neu eingefügt wurde als § 5: „Die Zahl der Soldaten und Unterbeamten der Reichsmarine beträgt höchstens 15 000. In diese Zahl sind eingeschlossen 1500 Offiziere und Unteroffiziere.

Der Kasseler Kommunistenprozeß.

Zu Beginn des Verhandlungstages am Freitag wird der Mittwoch nicht erschienene Schlosser Aus der straße aus Essen a. d. R. polizeilich vorgeführt. Der Vorsitzende macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er in dem Verdacht steht, entweder ein Kommunist zu sein, der auf Grund seiner Tätigkeit mit auf die Anklagebank gehört, oder, wie die Angeklagten behaupten, ein Spitzel. Er möge wählen, wozu er gehöre. Der Zeuge verweigert darauf die Aussage und wird sodann auf Veranlassung des Staatsanwaltes festgenommen und in Haft abgeführt. Es beginnt dann die Vernehmung des erst 23 Jahre alten Angeklagten Lohagen. Als er darüber vernommen werden soll, ob er in der Militärischen Propaganda-Centrale (M. P. C.) mitgewirkt habe, erwidert er, daß seine Tätigkeit mit einer roten Organisation nichts zu tun habe. Er habe sich ausschließlich mit der Jugendbewegung beschäftigt; seit seinem 16. Lebensjahre ist er aktiv in dieser tätig. Es werden sodann Schriftstücke verlesen, in denen von einem Stoßtrupp die Rede ist. Der Verteidiger verweist darauf, daß auch Mädchen in der kommunistischen Jugendbewegung seien, die unmöglich zu einem Stoßtrupp verwendet werden könnten. Dann wird ein Flugblatt verlesen, in dem zum aktiven Kampf gegen den Kapitalismus aufgefordert wird. Der Angeklagte behauptet, das sei nur bildlich gemeint und beschwert sich darauf, daß bei der Post sogar seine Liebesbriefe einer Zensur unterliegen. Verteidiger Wolff erhebt Klage darüber, daß seine Telephongespräche in Düsseldorf von einem Dritten überhört werden. Mit der Vernehmung des Lehrers Zaisser wird dann die Vernehmung der sieben Angeklagten zu Ende geführt. Zaisser will das ganze Material, das bei ihm vorgefunden worden ist, als „Mist" betrachtet haben. Der Staatsanwalt dagegen ist der Ansicht, daß Zaisser besonders vorsichtig war. Er sei überzeugt, daß Zaisser infolge seines Auftretens, seiner Persönlichkeit und seiner Vergangenheit als Offizier eine führende Rolle gespielt habe, und sieht in ihm den „spiritus rector" der ganzen Vereinigung. Das Gericht lehnt sodann eine Anzahl Beweisanträge der Verteidigung ab, weil es zugunsten der Angeklagten annimmt, daß sie an das Bestehen von Rechtsorganisationen geglaubt und auch des Glaubens gewesen sein mögen, daß eine Zentrale bestände, von der aus sie geleitet wurden, daß die Angeklagten also nicht die Schieber, sondern die Geschobenen waren. Der Verteidiger, Dr. Wolff, stellt nunmehr vierzig weitere Beweisanträge dafür, daß im ganzen Reiche Rechtsorganisationen bestehen, zu dem Zwecke, mit Gewalt die jetzige Reichsverfassung zu stürzen, den Monarchismus wieder herzustellen und einen Revanchekrieg herbeizuführen, sodaß die Angeklagten nur in der Notwehr gehandelt haben, wenn sie Selbstschutz-Organisationen zu schaffen suchten. Dr. Wolff will den Nachweis führen, daß vor allem in Bayern bewaffnete Organisationen mit Genehmigung der Staatsbehörden bestehen. Die Vorbereitungen seien schon so weit gediehen gewesen, daß im Januar oder Februar 1920 ein Rechtsputsch erwartet werden konnte. Der Verteidiger liest einen Befehl vor, der von einer Alarmkompagnie mit dem Namen „Sturmriege" stamme, wonach im Wiederholungsfalle eines Generalstreikes wie beim Kapp-Putsch in München gegen die Führer des Streiks mit der Todesstrafe vorgegangen werden soll; sogar eine Proskriptionsliste sei vorhanden. Die Sozialisten und vor allem die Führer des Streiks müßten sofort erfaßt, alle Juden gehängt werden. Die rheinische Orgesch sei im Besitze von 250 000 Infanteriegewehren und in Karlsruhe bestehe eine deutsche Liga zu dem gleichen Zwecke wie in Bayern. Der Verteidiger will auch den Nachweis führen, daß zwischen der ungarischen Orka und der deutschen Orgesch eine innige Verbindung bestehe. Ferner wird die Vernehmung von Forstrat Escherich gefordert. Der Staatsanwalt kündigt für Montag die Antwort auf diese Anträge an. Bis zu diesem Termin wird dann die Verhandlung vertagt.

Aus aller Welt.

— **Der Abg. Erzberger** richtete in der Frage der Steuerhinterziehung ein Schreiben an den Reichstag, worin er letzteren und den Geschäftsordnungsausschuß auf das dringendste ersucht, dem Antrag der Staatsanwaltschaft alsbald stattzugeben, damit dem politischen Skandal ohnegleichen endlich ein Ende bereitet werden könne. Der Reichstag dürfte seinem Wunsche umsomehr entsprechen, als bereits in einer anderen Angelegenheit die Genehmigung zur Einleitung der Untersuchung erteilt worden sei und er somit ohnehin bis zum Abschluß der Untersuchung an der Ausübung seines Mandats gehindert sei.

— **11-Uhr-Polizeistunde in Berlin.** Die der Berliner Bevölkerung schon seit langer Zeit angedrohte Verkürzung der Polizeistunde wird jetzt zur Durchführung kommen. Die bisher auf ½12 Uhr festgesetzte Polizeistunde wird gekürzt und bis auf weiteres auf 11 Uhr nachts beschränkt werden.

Wochen-Chronik.

Die Preußenwahlen sind vorbei,
Von einem Albdruck sind wir frei,
Der Kampf war hart, die Hitze groß,
Ging's doch um Preußens künft'ges Los.
Und das Ergebnis des Gefechts?
Ein Schritt nach links, ein Ruck nach rechts!
— Es seh'n die Leute von der U
Der Sache mißbehaglich zu.
Ihr ist die Wahlschlacht schlecht bekommen,
Die Felle sind ihr fortgeschwommen.
Sie, die in Hoffnung sich berauscht,
Sieht sich am Schluß doch sehr enttäuscht.
— Die Demokraten ebenso
Sind sehr geknickt und wenig froh.
— Die Kommunisten andrerseits
Die führen auf den Tanz Sankt Veits;
Sie sind vergnügt, ihr Glück war fleißig —
Sie kriegten der Mandate dreißig. —
— Die S. P. D. sieht sich bedroht
Und spürt schon etwas Atemnot.
Den Blutverlust bei dieser Wahl
Empfindet sie als höchst fatal.
— Das Zentrum ist vergnügt, derweil
Sein alter Stamm solid und heil.
— Auch die D. V. zeigt sich zufrieden,
Dieweil ein Zuwachs ihr beschieden. —
— Am meisten setzten, dank der Wahlen,
Sichtbar Fett an die Nationalen.
Kurz: Rechts darf man zufrieden sein,
Es schimmert schon wie Morgenschein.
Je schlimmer die Angtangt uns quält,
Man desto mehr nach rechts hin wählt. —
— Ja, die Angtangt! In London jetzt
Hat man sich wieder hingesetzt
Und man zerbricht die Schädel sich,
Wie man uns klein kriegt ordentlich.
Ob Simons wohl etwas erreicht?
Man hofft's und wünscht's und sagt: Vielleicht
Das Klügste aber ist, man spricht:
„An etwas Gutes glaub ich nicht!"
Zwar tut Lloyd George, als ob er wär'
Ein Gentleman und äußerst fair.
So pfiff zurück er die Angtangt,
Was Oberschlesien anbelangt:
Die Abstimmung soll ehrlich sein,
Ihr wollt doch auch nichts andres? Nein!
— O, Herr Lloyd George, welch fein's Tönchen?!
Dies scheint mir, ist ein Konzessiönchen,
Dafür, weicht man dann anderweit
Zurück nicht einen Finger breit.
Die nächste Zukunft wird ja zeigen,
Wie weit die Brüder sich versteigen.
Ich wollt, sie brächen Arm und Bein,
Dann würde uns viel wohler sein.

ult.

Briefkasten.

L. H. in Bergkamen. Nur nicht ungeduldig, das Verdienstkreuz wird schon kommen. Eine Beschwerde über die langsame Erledigung Ihres Gesuches wäre zwecklos. — Wegen des Militärpasses können Sie sich an das Versorgungsamt Soest wenden.

Amerika. Auf Ihre Frage läßt sich eine bestimmte Antwort nicht geben, da die noch immer mangelhaften Verkehrsverhältnisse jede Berechnung über den Haufen werfen. Auf Ihr Schreiben könnte eine Antwort eigentlich schon eingegangen sein.